Kreistag und Stadtrat gegen Augsburger Denkmodelle

Landkreis Dillingen als ein Kerngebiet des schwäbischen Landes erhalten / Einstimmiger Beschluß / Motto: „Wehret den Anfängen"

Dillingen (jdt). In einem gemeinsamen, einstimmigen Beschluß haben sich Kreistag und Stadtrat Dillingen für die Erhaltung des Landkreises Dillingen und gegen die Denkmodelle der Regierung von Schwaben zur Gebietsreform ausgesprochen. Die Vorschläge der Regierung wurden als „völlig unannehmbar" bezeichnet. Unter den Teilnehmern der Kundgebung am Freitag vormittag im großen Sitzungssaal des Landratsamtes befanden sich außer Landrat Dr. Martin Schweiger und Oberbürgermeister Georg Schmid, die gemeinsam den Vorsitz führten, Landtagsabgeordneter Otto Meyer, Bezirksrat Wilhelm Lachenmayr, der Vizepräsident der Handwerkskammer für Schwaben, Kreisrat Josef Jörg, Gundelfingen, die Bürgermeister des Kreises, die Vertreter des Städtetages und des Gemeindetages, Bürgermeister Martin Schermbach, Lauingen, und Bürgermeister Alois Keis, Schretzheim, der Standortälteste der Bundeswehr, Oberstleutnant Friedrich-Wilhelm Haase, der Vorsitzende des BLSV-Kreises sieben, Toni Kuster, die Spitzen der Schulen, die Vertreter der Wirtschaft, die Vorstände der Behörden und Organisationen. Landrat Dr. Martin Schweiger drückte das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Worten aus: „Wir sind heute hier eine Familie." Mit Nachdruck plädierten Kreistag und Stadtrat für die Erhaltung des Landkreises Dillingen. Diesem Willen wurde im nachfolgenden Beschluß Ausdruck verliehen: „Kreistag und Stadtrat lehnen das mit Schreiben vom 19. Februar 1971 übermittelte Denkmodell der Regierung von Schwaben für den Landkreis und die Stadt Dillingen an der Donau als völlig unannehmbar ab. Beide Vertretungen sind der Auffassung, daß der Landkreis (einschließlich der Stadt Dillingen) in seinem gegenwärtigen Bestand vollauf den Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zur Gebietsreform entspricht. Landkreis und Stadt bilden einen einheitlichen Lebens-, Verwaltungs- und Investitionsraum. In der Stadt Dillingen, die seit 1862 Sitz des (Bezirks-)Landratsamtes ist, sind sämtliche Bundes- und Landesbehörden. Die Entfernungen im Landkreis machen es durchaus möglich, daß eine bürgernahe Verwaltung durchgeführt werden kann. Von sämtlichen Orten des Landkreises können innerhalb eines halben Tages von der Bevölkerung – auch ohne Inanspruchnahme privateigener Kraftfahrzeuge – alle notwendigen Dienstgeschäfte bei den Behörden abgewickelt werden. Die Stadt und der Landkreis Dillingen an der Donau sind seit Jahrhunderten ein Kerngebiet des schwäbischen Landes, das im Laufe der Geschichte zu einer geschlossenen Gebietseinheit herangewachsen ist und mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 66 500 Einwohnern ohne Gebietszuwachs aus anderen Landkreisen eine lebensfähige Gebietskörperschaft bildet.

● In dem gemeinsamen Beschluß von Kreistag und Stadtrat heißt es weiter: „Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag am 27. Januar 1971 unter anderem festgestellt: „Landkreise sollen künftig so groß sein, daß sie die notwendigen kostspieligen Investitionen betriebswirtschaftlich sinnvoll tätigen können. Sie sollen eine Einheit von Lebens- und Verwaltungsraum darstellen. Bei der Neugliederung der Landkreise werden die kulturellen, historischen und sonstigen Bedingungen berücksichtigt werden".

● Kreistag und Stadtrat sind übereinstimmend der Meinung, daß der Kreis Dillingen an der Donau nach seiner Größenordnung, seinen geografischen Verhältnissen, seiner geschichtlichen Entwicklung, seiner kulturellen Bedeutung, seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und seiner verwaltungsmäßigen Struktur diesen Zielsetzungen in vollem Umfang entspricht. Sie geben daher nur den begründeten Erwartungen der Bevölkerung im Land- und Stadtkreis Ausdruck, wenn sie an den Bayerischen Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Bruno Merk, und an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, insbesondere den Stimmkreisabgeordneten Herrn Otto Meyer, die dringende Bitte richten, sich für die Erhaltung des Landkreises einzusetzen."

„Pfui"-Rufe – „Demokratie"

● Nach der Eröffnung der gemeinsamen Tagung von Kreistag und Stadtrat durch Landrat Dr. Schweiger und Oberbürgermeister Schmid verlas der Landrat das Schreiben der Regierung von Schwaben, das an die Landräte und Oberbürgermeister Schwabens in „Sachen Gebietsreform" gerichtet wurde. Nach diesen Vorschlägen der Regierung soll der Kreis Dillingen aufgelöst werden.

● Oberbürgermeister Georg Schmid hob hervor, daß zum erstenmal nach über neunzig Jahren die gewählten Vertreter der Stadt und des Landkreises Dillingen vereint seien. Kritisch befaßte sich das Dillinger Stadtoberhaupt mit der Abwertung des Begriffes Tradition. Das Modewort unserer Zeit heiße Reform. Sich als ein Mann des Ausgleichs bekennend, gab OB Schmid zu verstehen, daß er aber auch bereit sei, notfalls — im Zusammenhang mit der Gebietsreform — „auf die Barrikaden zu gehen".

● Ungewöhnlich nannte es Oberbürgermeister Schmid, daß die Oberbürgermeister und Landräte von der Regierung zur Stellungnahme aufgefordert würden und daß die Regierung noch vor Ablauf der achttägigen Frist zur Abgabe der Kommentare erkläre, daß ihre Vorschläge endgültig seien. Unter Zurufen wie „Pfui" und „Demokratie" sagte OB Schmid, dies sei ein Verwaltungsgebahren, das bis zur Stunde im Bereich der bayerischen Staatsverwaltung „noch nicht üblich war".

● Was die Regierung von Schwaben vorschlage, sei zwar nur ein „Denkmodell", betonte OB Schmid, doch ein altes lateinisches Sprichwort sage: „Wehret den Anfängen!"

● OB Schmid gab Kreistag und Stadtrat das gemeinsame Schreiben von Landrat und Oberbürgermeister zur Gebietsreform zur Kenntnis. In diesem heißt es: „Sehr geehrter Herr Regierungspräsident! In vorbezeichneter Sache legen wir den gemeinsamen Beschluß des Kreistages des Landkreises Dillingen/Donau und des Stadtrats der Stadt Dillingen/Donau mit der Bitte um Kenntnisnahme vor. In Ergänzung des Beschlusses dürfen wir mit diesem Schreiben eine erläuternde Stellungnahme abgeben, die allerdings dadurch wesentlich erschwert wird, daß einerseits Ihrer Entschließung vom 19. Februar 1971 bzw. der kartenmäßigen Darstellung Ihrer Vorschläge keine ins einzelne gehende Begründung beigegeben ist, andererseits nach den zwischenzeitlichen Presseveröffentlichungen die übersandten Vorschläge bereits die endgültige Gebietskonzeption der Regierung von Schwaben darstellen, Gegenvorstellungen also kaum Aussicht auf Berücksichtigung haben werden. Grundlagen für die technische Durchführung der Gebietsreform sind für alle Verwaltungsebenen, für die Regierung wie für die Land- und Stadtkreise, die Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 27. Februar 1971 vor dem Bayerischen Landtag und die Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

● Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten stellt unter anderem fest: „Landkreise sollen künftig so groß sein, daß sie die notwendigen kostspieligen Investitionen betriebswirtschaftlich sinnvoll tätigen können. Sie sollen eine Einheit von Lebens- und Verwaltungsraum darstellen. Bei der Neugliederung der Landkreise werden die kulturellen, historischen und sonstigen Bedingungen berücksichtigt werden. Als Anhaltspunkt für die Größenordnung und nur als solcher, so daß Unter- und Überschreitungen möglich sind, ergeben sich Einwohnerzahlen von etwa 80 000 für Landkreise."

● Die Richtlinien des Herrn Staatsminister des Innern stellen fest: „Ziel der Reform ist es, Landkreise in einer Größe zu schaffen, daß „die außerordentlich kostspieligen Investitionen in dem differenzierten Aufgabenbereich (Krankenhäuser, höhere Schulen, Altenheime, Verkehrsausbau, zentrale Sportstätten usw.) sachgerecht, betriebswirtschaftlich sinnvoll und raumplanerisch befriedigend getätigt werden können. Dabei sind zu berücksichtigen: die Einheit von Lebens-, Verwaltungs- und Investitionsraum; die Einräumigkeit der Verwaltung, das heißt die Deckung der Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Behörden und der ordentlichen Gerichte; die Entfernung (Abwicklung eines Besuches beim Landratsamt in der Regel innerhalb eines halben Tages); die kulturellen, historischen und stammesmäßigen Bindungen."

Bei Anwendung dieser Grundsätze auf den Kreis Dillingen/Donau — mit der Bezeichnung „Kreis" sind in den folgenden Ausführungen jeweils Landkreis und Stadt Dillingen an der Donau zusammengefaßt — ergeben sich nach unserer Meinung die nachstehenden Schlußfolgerungen.

● Die Vorschläge der Regierung von Schwaben: Die Regierung von Schwaben legt für den nordschwäbischen Raum an der oberen Donau zwei Vorschläge vor: Die Variante I — Ein Großlandkreis, der aus den seitherigen Land- und Stadtkreisen Dillingen/Donau, Donauwörth und Nördlingen gebildet werden soll; die Variante II — Landkreis Nördlingen und Landkreis Donauwörth, dem der seitherige Landkreis Dillingen/Donau zugeteilt werden soll. In beiden Fällen ist die Stadt Donauwörth als Sitz des jeweiligen Landratsamtes in Aussicht genommen.

Keine bürgernahe Verwaltung

● Die Variante I hat die Schaffung eines Großlandkreises mit cirka 185 000 Einwohnern zur Folge. Nach wiederholten Erklärungen der Bayerischen Staatsregierung ist die Schaffung derartiger Großlandkreise als etwaige Vorstufe künftiger Verwaltungsregionen nicht das Ziel der Gebietsreform. Aus der Sicht des Kreises Dillingen/Donau ist dieser Vorschlag schon deshalb unannehmbar, weil bei den großen Entfernungen zum künftigen Landratssitz die mit Recht geforderte bürgernahe Verwaltung ausgeschlossen ist. Es kann auch nicht übersehen werden, daß es zwischen den beteiligten drei Landkreisen Dillingen/Donau, Donauwörth und Nördlingen keine sozioökonomischen Verflechtungen oder landesplanerische Gegebenheiten von solcher Bedeutung oder Größenordnung gibt, daß aus diesen Gründen ein Zusammenschluß zu einem Großlandkreis notwendig oder zweckmäßig wäre. Eine andere Begründung für diese Lösung ist aber nicht vorstellbar.

● Die Variante II (mit der auch die Regierung von Schwaben zum Ausdruck bringt, daß für sie die Richtwerte des Innenministeriums nur ein Anhaltspunkt sind) leidet von vornherein an der geradezu mit Gewalt herbeigeführten Schaffung eines Landkreises Nördlingen mit 68 000 Einwohnern.

● Es ist schlechthin unverständlich und hat in der ganzen Bevölkerung schärfste Kritik gefunden, daß ein Landkreis, der zusammen mit der kreisfreien Stadt nach dem Stand vom März 1970 49 829 Einwohner hat, durch Zuteilung von Gebieten aus allen umgebenden Landkreisen auf 68 000 Einwohner aufgestockt wird, während der Kreis Dillingen, der mit 66 000 Einwohnern ohne jeglichen sonstigen Gebietszuwachs der stärkste Kreis in diesem Raum ist, durch Gebietsabtretungen verkleinert und dann einem fremden Landkreis zugeordnet werden soll. Die Heimatliebe allein, die selbstverständlich der Bevölkerung von Stadt und Land Nördlingen ohne jede Einschränkung zugebilligt wird, und die geographischen Verhältnisse, die das Ries bestimmen, können für die angestrebte Lösung jedenfalls schon deshalb nicht ausschlaggebend sein, weil sie in gleicher Weise für den Kreis Dillingen gelten.

Leider erst durch die Presseveröffentlichungen in Nr. 46 der „Augsburger Allgemeinen" vom 25. Februar 1971 haben wir erfahren, daß die Verbindung von Dillingen und Donauwörth, wie sie in der Variante II vorgesehen ist, nach Meinung der Regierung „den landesplanerischen Zielsetzungen, die einer Donauachse den Vorzug einräumen", entsprechen soll. Die schon wiederholt ins Gespräch gebrachte „Donauachse" reicht von Stadt- und Landkreis Neu-Ulm über Stadt- und Landkreis Günzburg, Stadt- und Landkreis Dillingen/Donau, Landkreis Donauwörth bis zum Stadt- und Landkreis Neuburg/Donau einschließlich Stadt- und Landkreis Nördlingen. Nach Abzug der von der Regierung vorgeschlagenen neuen Kreise Neu-Ulm, Günzburg, Neuburg und Nördlingen und nach Bildung der in Aussicht genommenen Planungsregionen bleiben von dem vorgenannten Gebiet noch die Kreise Dillingen und Donauwörth. Welche landesplanerischen Zielsetzungen in diesem Restbestand einer Donauachse entwickelt werden sollen, ist nicht ersichtlich.

Stabiler Vier-Städte-Bereich

● Im übrigen sprechen gegen die Variante II, wie ein Blick auf die Karte beweist bzw. gegen den vorgeschlagenen neuen Landkreis Donauwörth die weite Entfernung zum neuen Kreissitz ebenso wie die Tatsache, daß die Stadt Donauwörth mit etwa zehntausend Einwohnern gegenüber dem Städtebereich Dillingen — Lauingen — Gundelfingen — Höchstädt mit etwa dreißigtausend Einwohnern keinesfalls den Vorrang beanspruchen kann, der ihr offensichtlich allein wegen der Verkehrslage eingeräumt werden soll.

● In beiden Vorschlägen ist als Kreissitz die Stadt Donauwörth vorgesehen. Die Stadt Dillingen und mit ihr der Landkreis müssen dagegen nachdrücklichsten Einspruch einlegen. Die Stadt Dillingen ist „ein Stück Universitäts-, Bildungs-, Kirchen- und Kulturgeschichte des deutschsprachigen Raumes" (Professor Dr. Deuerlein in „Ende und Neuanfang einer Alma mater Schwabens", „Augsburger Allgemeine", Nr. 42 vom 20. Februar 1971). In einer Strukturanalyse der Regierung von Schwaben (Bezirksplanungsstelle) vom 21. November 1966 wurde die Stadt Dillingen auf Grund ihrer zahlreichen zentralörtlichen Institutionen, deren Einzugsbereich sich zum Teil weit über den Landkreis Dillingen hinaus erstreckt, zur Einstufung in die Zentralitätsstufe zwei (Mittelzentrum) vorgeschlagen.

Die gesamtschwäbische Bedeutung der Stadt als Kernbereich des einstigen Hochstifts und des heutigen Regierungsbezirks liegt auf der Hand.

● Davon abgesehen kann der Stadt, deren Situation „im Augenblick noch zusätzlich durch die neuesten Pläne zur Gebietsreform auf eine von vielen politischen Beobachtern für nicht sonderlich fair gehaltene Weise erschwert wird" („Augsburger Allgemeine", Nr. 43, vom 22. Februar 1971 in „Abschied der Theologen von Dillingen"), einfach nicht zugemutet werden, nach dem Verlust ihrer akademischen Einrichtungen und ihrer Kreisfreiheit den Kreissitz aufzugeben und in einen

Fortsetzung auf Seite 24



Landrat und Oberbürgermeister leiteten gestern die gemeinsame Sitzung von Kreistag und Stadtrat (von rechts): Kreiskämmerer Oberamtsrat Josef Köhle, Stellvertretender Landrat Georg Leix, Landrat Dr. Martin Schweiger, Oberbürgermeister Georg Schmid, Amtsrat Franz Schäffler.

MdL Meyer: Mit ganzer Kraft

Abgeordneter lehnt Augsburger Pläne ab

(jdt). „Außerordentlich unglücklich" nannte MdL Otto Meyer die Vorschläge der Regierung von Schwaben zur Gebietsreform in Nordschwaben. Der Stimmkreisabgeordnete sprach am Freitag vormittag im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Dillingen während der Kundgebung des Kreistages und des Stadtrates Dillingen zur Neueinteilung der Landkreise. MdL Meyer sagte zu, er werde sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, den Landkreis Dillingen und den Kreissitz Dillingen zu erhalten. Die Vorschläge aus Augsburg widersprächen auch dem Ziel der Reform, den ländlichen Raum zu heben (Bericht folgt).

Ohne einen Gebietszuwachs haltbar
Engste Verbindungen zu Wertingen

Vorschlag zur Gebietsreform von Landrat Dr. Schweiger und OB Georg Schmid

Dillingen (jdt). Landrat Dr. Martin Schweiger und Oberbürgermeister Georg Schmid unterbreiten in ihrem Schreiben Regierungspräsident Frank Sieder, Augsburg, folgenden Vorschlag zur Gebietsreform: „Nach der Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten sind die ministeriellen Richtwerte über die Größenordnung der künftigen Landkreise nur ein Anhaltspunkt und Unterschreitungen dieser Werte bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen möglich. Der Kreis Dillingen entspricht, wie ausgeführt, nach seiner Struktur und seiner Leistungskraft den Zielsetzungen der Bayerischen Staatsregierung. Er kann ohne weiteren Gebietszuwachs erhalten werden.

Geschichtlich begründet

● Falls gleichwohl eine Erweiterung des Kreises hinsichtlich der Einwohnerzahl für notwendig erachtet wird, bietet sich die Zuteilung des nordwestlichen Teiles des seitherigen Landkreises Wertingen (siehe beiliegende Karte) mit etwa 12 000 Einwohnern ohne Schwierigkeiten an.

● Dieser Raum ist mit dem Kreis Dillingen wirtschaftlich aufs engste verbunden; die Abhandlung in der „Donau-Zeitung" vom 15. Februar 1971 gibt dazu wertvolle Aufschlüsse. Aus der Tatsache, daß der Bürgermeister der Gemeinde Riedsend heute noch ordentliches Mitglied des Verwaltungsausschusses der Hospitalstiftung Dillingen an der Donau ist, weil der angesprochene Raum zum Herrschaftsbereich der Grafen von Dillingen gehörte, geht hervor, daß ein Anschluß dieses Gebiets auch aus der geschichtlichen Entwicklung heraus durchaus begründet werden kann. In diesem Zusammenhang kann auch die Tatsache, daß die Gemeinde Gundremmingen bis zum Jahre 1928 zum Kreis Dillingen gehörte und damals nur wegen der besseren Verkehrsverbindung nach Günzburg in den Landkreis Günzburg eingegliedert wurde, zu entsprechenden Überlegungen Anlaß geben.

Gewichtige Argumente

● Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, wir sind der Meinung, daß auf der Grundlage der Erklärungen und Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern der Kreis Dillingen erhalten bleiben kann. Wir geben darüber hinaus der Überzeugung der ganzen Bevölkerung Ausdruck, wenn wir fordern, daß der Kreis Dillingen erhalten bleiben muß. Es sollte Ihnen und Ihrer Dienststelle möglich sein, die, wie wir glauben, gewichtigen Argumente dieser ersten und vorläufigen Stellungnahme zu berücksichtigen und Ihre Gebietskonzeption daraufhin nochmals zu überprüfen. Wir bitten um eine solche Prüfung. Wir verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung Ihr Dr. Schweiger, Landrat, und Schmid, Oberbürgermeister."





Einstimmig setzen sich Kreistag und Stadtrat für die Erhaltung des organisch gewachsenen Landkreises Dillingen ein. Unsere Bilder zeigen während der gestrigen gemeinsamen Sitzung (von links): Bürgermeister Franz Grimminger, Höchstädt, Bezirksrat Oberstudiendirektor Wilhelm Lachenmayr, MdL Otto Meyer, Bürgermeister Walter Schneider, Stadtrat Josef Engelmayr, Stadtrat Josef Hirschbolz. Im Bild rechts (von rechts): die Dillinger Stadträte Hermann Greck, Karl Knödler, Erna Spanel, Monsignore Wilhelm Hummel, Günther Titz und Bürgermeister Hans Geiger. Bild: -go-

Viele Millionen investiert

Fortsetzung von Seite 23

ihr völlig fremden Landkreis eingegliedert zu werden.

Zusammenfassung: Die Vorschläge der Regierung sind aus den genannten Gründen nicht annehmbar.

● Der Kreis Dillingen und die Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums des Innern: Der Kreis Dillingen entspricht nach unserer Meinung voll und ganz den Richtlinien des Staatsministeriums des Innern. In diesen ist vorgesehen, daß die Landkreise so groß sein müssen, daß die in viele Millionen gehenden Gelder für die Aufgaben der Daseinsvorsorge auf Kreisebene sachgerecht, betriebswirtschaftlich sinnvoll und raumplanerisch richtig investiert werden. Diese Voraussetzungen sind in vollem Umfang erfüllt.

► Erstens: Die Einheit von Lebens-, Verwaltungs- und Investitionsraum ist vollauf gegeben. Der Kreis Dillingen bildet, wie bereits in dem gemeinsamen Beschluß von Kreistag und Stadtrat zum Ausdruck kommt, eine gewachsene Gebietskörperschaft, die ohne Inanspruchnahme von Gebietsteilen anderer Landkreise lebensfähig ist. Der Landkreis hat aus diesem Grund bisher keinerlei Ansprüche auf neue Gebiete erhoben. Die Einräumigkeit der Verwaltung ist gewährleistet; schon jetzt decken sich die Zuständigkeitsbereiche des Gerichts und der staatlichen Behörden, die im übrigen durchwegs in zweckentsprechenden Gebäuden, die in den letzten Jahren mit einem Kostenaufwand von Millionen DM neu gebaut oder erweitert wurden, untergebracht sind.

Vielseitige Ausstattung

● Im Kreis Dillingen sind alle für eine ausreichende Daseinsvorsorge der Bürgerschaft notwendigen Einrichtungen vorhanden. Nur beispielsweise sollen erwähnt werden:

► Schulen: zwei Gymnasien in Dillingen, ein Gymnasium in Lauingen, eine Realschule in Lauingen (im Bau), eine Mädchenrealschule in Maria Medingen, eine Mädchenrealschule in Dillingen, eine Fachschule für Sozialpädagogik in Dillingen, eine landwirtschaftliche Schule in Dillingen, eine gewerbliche Verbandsberufsschule in Lauingen, eine landwirtschaftliche Berufsschule in Höchstädt, eine Sonderschule für Lernbehinderte in Dillingen, eine Sonderschule für geistig Behinderte in Dillingen, eine Sonderschule für Gehörlose in Dillingen, eine Berufsfachschule für Gehörlose in Südbayern (Sachbereich Textil und Hauswirtschaft) in Dillingen.

► Kindergärten: neun Kindergärten, darunter ein Musterkindergarten in Dillingen.

► Krankenhäuser und Pflegeheime: ein Krankenhaus in Dillingen mit 180 Planbetten, ein Krankenhaus in Lauingen mit 160 Planbetten, ein Krankenhaus in Höchstädt mit 90 Planbetten, ein Belegkrankenhaus in Gundelfingen mit 60 Planbetten, zwei Altenheime in Dillingen, ein Altenheim in Gundelfingen, ein Altenheim in Lauingen, ein Altenheim in Höchstädt (im Bau), eine Pflegeanstalt für Frauen mit 320 Plätzen in Lauingen, ein Pflegeheim mit 200 Plätzen in Dillingen, ein Pflegeheim mit 45 Plätzen in Glött.

► Anstalten: Mutterhaus der Franziskanerinnen mit Provinzialat für die Bundesrepublik Deutschland in Dillingen; die J. E. Wagner'schen Wohltätigkeitsanstalten in Dillingen mit Direktionssitz für zwölf Anstalten in Bayern mit dreitausend Insassen, zwei bischöfliche Knabenseminarien in Dillingen, ein Benediktinerkolleg in Dillingen, ein Oblatenkonvikt in Dillingen.

► Sport- und Freizeitstätten: ein Donaustadion mit Nebenanlagen in Dillingen, ein Schwabenstadion mit Nebenanlagen in Gundelfingen, ein Stadion in Lauingen (im Bau), ein Hallenbad in Gundelfingen, ein Hallenbad in Lauingen (im Bau), ein Hallenbad in Dillingen (Bonaventura-Gymnasium), zwei Lehrschwimmbecken in Dillingen (Knabenseminar und Taubstummenanstalt), ein gemeinsames Freischwimmbad mit Becken in Dillingen, vier Tennisplätze und eine Tennishalle in Dillingen.

Attraktive Arbeitsplätze

● Einrichtungen für Wasser und Abwasser: eine mechanisch-biologische Kläranlage in Dillingen, eine mechanisch-biologische Kläranlage in Lauingen, eine mechanisch-biologische Kläranlage in Gundelfingen, zentrale Wasserversorgungsanlagen in den vier Städten und in 66 Gemeinden des Landkreises.

► Arbeitsplätze: Der Kreis Dillingen verfügt, wie sich aus der Entwicklung in der Industrie ergibt, über attraktive Arbeitsplätze. Nach amtlichen Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer ist die Zahl der Industriebetriebe im Kreis Dillingen von 31 im Jahre 1950 auf 58 im Jahre 1970 gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat im Landkreis Dillingen von 2178 im Jahre 1950 auf 5608 im Jahr 1970 (Mehrung 144 Prozent) und in der Stadt Dillingen von 327 im Jahre 1950 auf 2681 im Jahre 1970 (Mehrung 510 Prozent) zugenommen. Diese Entwicklung hält an. Unter den Industriebetrieben sind drei Großbetriebe mit mehr als tausend Beschäftigten.

► Kulturelle Einrichtungen: Staatsinstitut für Lehrerfort- und Weiterbildung in Dillingen, Staatsbibliothek in Dillingen (Neubau), Heimatmuseum (Heimathaus) in Dillingen, Heimatmuseum (Heimathaus) in Höchstädt, Kulturring in Dillingen, Volksbildungswerk in Lauingen, Volkshochschule in Dillingen.

● Eine bürgernahe Verwaltung ist in jeder Hinsicht gewährleistet. Der Landkreis verfügt über ein gut ausgebautes Netz von Kreis- und Gemeindeverbindungsstraßen. Vielseitige Omnibuslinien machen es möglich, daß die Bevölkerung aus allen Orten des Kreisgebiets in kürzester Zeit zum Kreissitz kommen und bei den dort ansässigen Staatsbehörden alle notwendigen Dienstgeschäfte ohne Verzögerung erledigen kann. Es darf in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, daß den Gemeinden des Landkreises zur Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben die Buchungs- und Steuerstelle des Landkreises in weitestem Umfang zur Verfügung steht."

Anschließend wurden von Landrat Dr. Schweiger und OB Schmid dem Regierungspräsidenten Sieder Gegenvorschläge unterbreitet (siehe „Ohne einen Gebietszuwachs haltbar").

Aus den Kommentaren der nachfolgenden Redner ging der nachdrückliche Wunsch hervor, den Kreis Dillingen zu erhalten. (Ausführlicher Bericht folgt.)





Im Sonderzug auf den Truppenübungsplatz: Unsere Bilder zeigen Dillinger Fernmeldesoldaten vor der Abfahrt im Bahnhof Dillingen. Am Zugfenster (Bild links, von links): Oberstleutnant Horst Hahn, Major Wolfgang Dietze, Hauptmann Stefan Stegner; vor dem Zug der stellvertretende Bahnhofsvorstand, Bundesbahn-Betriebsinspektor Josef Sauler, und Hauptmann Klaus Buch. Bilder: -jdt-

Mit Sturmgepäck zum Scharfschießen

Fernmeldebataillone 210 und 230 auf dem Nato-Übungsplatz Wildflecken an der Wasserkuppe

Dillingen (VN). Ein nicht alltägliches Bild bot sich dieser Tage am frühen Morgen auf Dillingens Straßen. Nach über zehn Jahren marschierten wieder einmal Bundeswehrsoldaten, voran ihre Offiziere, mit Sturmgepäck zum Bahnhof, von wo sie in einem Sonderzug nach Wildflecken in der Rhön fuhren. In Wildflecken, einem von den Amerikanern verwalteten Nato-Übungsplatz findet ein Scharfschießen statt.

Das Fernmeldebataillon 210 und Teile von 230, insgesamt siebenhundert Mann, sind daran beteiligt. Die Bahn benützen über vierhundert Soldaten, die restlichen fahren mit den Lastkraftwagen, die das große Alarmgepäck der Soldaten nach Wildflecken bringen. Der Militär-Reisezug, wie er auf dem Bahnhof angekündigt wurde, fährt über Donauwörth, Treuchtlingen, Würzburg, Gemünden, Jossa und Rupboden nach Wildflecken an der Wasserkuppe, die wegen der dort veranstalteten Segelwettflüge bekannt ist. Der verantwortliche Offizier für den Bahntransport — der Zug besteht aus zehn Waggons — ist Major Wolfgang Tietze. Er teilte auf Befragen mit, daß man normalerweise mit Kraftfahrzeugen zu den Schießübungen fahre.

Ausnahmsweise per Bahn

Aber um die Abnahme eines Sonderzuges einmal durchzuexerzieren, bei der Waggon für Waggon mit dem Lademeister durchgegangen werden müsse, wurde dieser Transport auf die Schienen verlegt. Kompanieweise werden die Soldaten in den Zug eingeteilt und bekommen ihre Plätze. Offiziere und Mannschaft sind gleich ausgerüstet. Es gibt nur einen Unterschied beim Transport: Offiziere und Feldwebel sitzen in Erster-Klasse-Abteilen. Jedoch, wie versichert wurde, nicht aus Prestigedenken, sondern weil es nach gewissen Bestimmungen des Beamtenrechts so sein müsse.

Je zwei Soldaten ein Zelt

Die Soldaten dürfen außer ihrer feldmarschmäßigen Ausrüstung nichts im Gepäck mitnehmen. Ihr Sturmgepäck besteht nur aus den allernotwendigsten Sachen, das große Gepäck wird mit den Fahrzeugen nachgebracht. Einer der Soldaten meinte, das wichtigste seien das Eßbesteck, Verpflegung und Kartenspiel. Weiter führen sie noch Kochgeschirr, Feldflasche, einen Klappspaten, Socken, Waschzeug und Handtuch, erste Unterwäsche und das Sturmgewehr G 3 mit. Immer zwei Soldaten zusammen haben ein Zelt, jeder führt davon eine Hälfte in seinem Sturmgepäck mit. Auch der Stahlhelm darf nicht fehlen.

Schon einen Tag vor der Abfahrt der Kompanien wurden Vorkommandos nach Wildflecken in Marsch gesetzt, die in der Röhn zwanzig Zentimeter Neuschnee meldeten. In Wildflecken wird an zehn Tagen mit folgenden Waffen geschossen: Gewehr, Panzerfaust, Handflammpatronen, Handgranaten, Maschinengewehr, Pistole und Maschinenpistole. Offiziere und Unteroffiziere schießen auch noch mit Gewehrgranaten. Es hieß, daß auch ein Gewöhnungssprengen durchgeführt werden soll. Innerhalb des Bataillons findet ein Schießwettbewerb statt, bei dem die beste Kompanie und der beste Soldat beim Schießen mit dem Sturmgewehr ermittelt werden. Unteroffiziere und Offiziere tragen ebenfalls einen Wettbewerb aus, sie schießen mit der Pistole.

Die verantwortliche Leitug des gesamten Schießens haben die Kommandeure der beiden Fernmeldebataillone 210 und 230, Oberstleutnant Friedrich Wilhelm Haase (230) und Oberstleutnant Horst Hahn (210) inne. Bis zum 6. März bleiben die siebenhundert Soldaten in Wildflecken, der Rückmarsch erfolgt dann wieder mit der Bahn.

Kreuz und quer durch Gundelfingen

Wahlvorschläge einreichen

Zur Bildung des Pfarrgemeinderates

Gundelfingen (gr). In einer Wahlausschußsitzung wurde Regierungsamtmann Josef Wolfrom zum Wahlvorstand bei der Pfarrgemeinderatswahl gewählt. Dem neuen Pfarrgemeinderat sollen insgesamt 20 Mitglieder angehören, und zwar: drei von amtswegen, zwei Delegierte, drei Berufene, zehn zu wählende Mitglieder aus Gundelfingen und zwei zu wählende Mitglieder aus Peterswörth. Wahlberechtigt sind Pfarrangehörige ab dem 18. Lebensjahr. Die vorliegenden Handzettel wurden noch dahingehend ergänzt, daß Vorschläge für die Pfarrgemeinderatswahl am morgigen Sonntag, 28. Februar, in die in der Kirche aufgestellten Behälter eingeworfen werden können. Die Wahl selbst findet am 21. März 1971 statt. Von der Möglichkeit, Wahlvorschläge einzureichen, soll morgen Sonntag, Gebrauch gemacht werden. Alle Gemeindemitglieder sind herzlich und dringend dazu eingeladen. Die Wahl am 21. März kann auch per Briefwahl durch kränkliche oder verhinderte Personen vorgenommen werden. Der Wahlausschuß faßte den einstimmigen Beschluß, daß Mitglieder der Kirchenverwaltung nicht mehr für die Wahl in den Pfarrgemeinderat kandidieren können. Das gilt für Gundelfingen und Peterswörth. Nach Kenntnis der Wahlvorschläge werden die darin Benannten um ihre schriftliche Zusage zur Annahme des Amtes im Falle ihrer Wahl gebeten. Bei der nächsten Sitzung, des Pfarrgemeinderates am Dienstag, 2. März 1971, wird der Wahlausschußbericht bekanntgegeben. Stadtpfarrer Nicklaser berichtet über die neue Regionalplanung und Pfarrverbände.

Ausgabe von Schifferpatenten

Versammlung des Segelclubs in Leipheim

Gundelfingen (dz). Der Nordschwäbische Segelclub, der Mitgliedergruppen in Dillingen, Gundelfingen, Günzburg, Ulm, Heidenheim und Geislingen hat, hält am Samstag, 27. Februar, um 15 Uhr in Leipheim in der Brauerei Gaissmaier seine Jahres-Hauptversammlung 1971 ab. Auf der Tagesordnung stehen die Punkte: Bericht des Ersten Vorsitzenden; Kassenbericht; Entlastung des Kassiers; Bericht der Abteilungs-Obmänner und -Leiter; Ausgabe der Bodensee-Schifferpatente; Sonstiges. Neuwahlen sind satzungsgemäß nicht vorgesehen.

Nur bis sieben Tonnen

Gundelfingen (dz). Der Verkehr auf der Kreisstraße zwölf von Bächingen nach Gundelfingen ist zur Verhütung von Frostschäden ab Montag, 1. März, auf Fahrzeuge bis zu sieben Tonnen beschränkt.

Lange Jahre Totengräber

Dürrlauingen (na). Nach langer schwerer Krankheit starb der Landwirt Severin Buchmaier im 75. Lebensjahr. Buchmaier, Vater von zehn Kindern, übte drei Jahrzehnte das Amt des Totengräbers mit aus. Bei der Freiwilligen Feuerwehr war er fünfzig Jahre Mitglied, davon mehrere Jahre als Kommandant.

Bürgermeister geehrt

Ludwig Burgkart fünfzig Jahre

Holzheim (h. s.). Dieser Tage feierte Zweiter Bürgermeister Ludwig Burgkart seinen fünfzigsten Geburtstag. In einer Festsitzung des Gemeinderats würdigte Bürgermeister Leonhard Saule die Verdienste des Jubilars um den Wahl der Gemeinde in dessen langer Tätigkeit als eifriger Kommunalpolitiker. Burgkart ist seit 1952 Mitglied des Gemeinderates Holzheim. Seit dieser Zeit fungiert er auch als Zweiter Bürgermeister sowie als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Auch dem Bau- und Fürsorgeausschuß gehört er an. Bürgermeister Saule überreichte im Namen der Gemeinde ein Erinnerungsgeschenk, ebenso die Gemeinderäte. Weiter wurde die Tätigkeit Burgkarts in den Vereinen und Genossenschaften hervorgehoben. Viele Jahre wirkte der Jubilar aktiv beim Sportverein Holzheim. Bei der Flurbereinigung war der Jubilar der Verantwortliche für alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen. Burgkart ist auch Inhaber des Silbernen Abzeichens für über fünfzehnjährige Tätigkeit als Hagelschadenschätzer bei der Bayerischen Versicherungskammer. Seit der Wiedergründung des Vereins nach dem Kriege versieht er das Amt des Zweiten Vorstandes und Schriftführers des Obst- und Gartenbauvereins Holzheim. Ein geselliges Beisammensein schloß sich an die Festsitzung des Gemeinderates an. Mit den Bürgern von Holzheim wünscht auch die Donau-Zeitung dem hochgeschätzten Jubilar weiterhin Gesundheit und verdienstvolles Wirken für die Gemeinde Holzheim.

Zuchtverband tagt

Steinheim (dz). Der Zuchtverband für das schwäbische Fleckvieh, Abteilung Ost, Donauwörth, hält seine Kreisversammlung für den Landkreis Dillingen am Montag, 1. März, um 13 Uhr in Steinheim im „Löwenbräustüberl" ab. Die Mitglieder und ihre Angehörigen werden zu der Versammlung herzlich eingeladen.

Bauern demonstrieren

Gegen Benachteiligung der Landwirtschaft

Dillingen (jdt). Zu einer Kundgebung von Bauern gegen die Benachteiligung der Landwirtschaft kommt es am heutigen Samstag vormittag in Dillingen. Die Teilnehmer der Demonstration versammeln sich etwa bis um 10 Uhr auf dem Kasernplatz und ziehen dann vermutlich über den Reitberg, die Wilhelm-Bauer-Straße, die Kapuzinerstraße und die Königstraße vor das Dillinger Rathaus. Nach einer Ansprache begibt sich der Protestzug, in dem wahrscheinlich auch Plakate und Protestbänder mitgeführt werden, zurück auf den Kasernplatz.

Vierzig Altenwohnungen

Baugesuche vor dem Stadtrat

Dillingen (dz). In seiner öffentlichen Sitzung am Montag, 1. März, um 17 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses behandelt der Stadtrat nach Bekanntgaben Baugesuche der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Dillingen eGmbH (Neubau von zwei Wohnblöcken mit 40 Altenwohnungen auf dem Grundstück Am Lustgarten 33 und 34), von Brigitte von Schwaller, Kapuzinerstraße 4 1/2 (Neubau eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück Donauwörther Straße 15a), von Katharina Redl, Fabrikweg 5 (Neubau und Erweiterung von Wohngebäuden auf dem Grundstück Fabrikweg 5), von Franz und Georg Schuster, Wilhelm-Bauer-Straße 24 (Umbau und Erweiterung des Wohnhauses). Entschieden werden weiter die Überlassung von Kies (für den Bau von Tennisplätzen) an den Tennis-Club Dillingen, das Aufstellen von Parkuhren in der Königstraße, die Ergänzung des Jugendwohlfahrtausschusses und die Bildung von Haushaltausgaberesten für das Rechnungsjahr 1970. — Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Thema Bergpredigt

Am Sonntag kirchlicher Frühschoppen

Dillingen (dz). Das katholische Stadtpfarramt Dillingen veranstaltet am morgigen Sonntag ab 10 Uhr im Meisterzimmer des Kolpinghauses den monatlichen kirchlichen Frühschoppen. Als Thema wurde dafür vorgeschlagen: „Kann man als Christ nach der Bergpredigt leben?" Zu einem Meinungsaustausch ist jeder Interessent herzlich eingeladen.

Treffen der Markenfreunde

Im neuen Vereinslokal Café Holzbock

Dillingen (x). Die nächste Monatsversammlung des Briefmarkensammlervereins Dillingen am Dienstag, 2. März, findet erstmals im neuen Vereinslokal Café Holzbock (linkes Nebenzimmer) statt. Die Mitglieder werden gebeten, möglichst vollzählig zur Entgegennahme der Neuerscheinungen sich einzufinden. Die Nachfolge des bisherigen Kassiers und Schriftführers Werner Friedrich, der sich beruflich verändert hat und von hier weggezogen ist, hat Direktor i. R. Otto Hiller übernommen.

Tausch von Briefmarken

Donauwörth (dz). Der Philatelistenklub Donauwörth veranstaltet am Sonntag, 28. Februar, von 10 bis 17 Uhr, im Café Engel, Donauwörth, Reichsstraße, einen öffentlichen Briefmarkentausch zu den neben vielen Interessenten aus nah und fern auch die Mitglieder der nordschwäbischen Briefmarkensammlervereine erwartet werden.

Nachrichten aus dem Landkreis

Karl Ehnle ein Fünfziger

Verdienter Bürgermeister und Kreisrat

Aislingen (ba). Heute, Samstag, kann das Gemeindeoberhaupt des Marktes Aislingen, Bürgermeister und Kreisrat Karl Ehnle, im Kreise seiner Angehörigen den fünfzigsten Geburtstag feiern. Der Jubilar wurde in Aislingen geboren, besuchte in der Marktgemeinde die Volksschule und erlernte in seiner Jugendzeit das Maurerhandwerk. Mit 19 Jahren wurde Karl Ehnle zu den Waffen gerufen. Beim Feldzug im Osten geriet Ehnle in Gefangenschaft, die fünf Jahre dauerte. Erst an Weihnachten 1949 kehrte der schwer geprüfte Kriegsgefangene aus Rußland zu seinen Angehörigen zurück. In seinem letzten Urlaub hatte Ehnle die Ehe mit Maria Tausend geschlossen. Aus dem Lebensbund gingen drei Söhne und eine Tochter hervor. Nach der Gefangenschaft widmete sich der Heimkehrer zunächst seinem landwirtschaftlichen Betrieb, den er von den Eltern übernommen hatte. Anfangs der 50er Jahre schloß sich Karl Ehnle der CSU an und trat ins politische Leben ein. 1956 wurde er in den Gemeinderat und 1960 auch in den Kreistag gewählt. Seit 1965 leitet Karl Ehnle als Erster Bürgermeister die Geschicke der Marktgemeinde Aislingen. Dank seines rührigen, nimmermüden Wirkens wurde er schon vor Jahren auch zum Aufsichtsrat der Raiffeisenkasse Aislingen gewählt. Seit dem Vorjahr ist er Aufsichtsratvorsitzender der Kasse. 1970 übernahm der Aislinger Bürgermeister auch den Vorsitz des Wasserzweckverbandes der Glöttgruppe. Neben diesen verantwortungsvollen Tätigkeiten widmet sich der Jubilar auch mit besonderer Vorliebe den kulturellen Angelegenheiten seiner Gemeinde. Karl Ehnle ist Vorstand des Soldaten- und Veteranenvereines Aislingen. Über zehn Jahre war er auch Vorstand des örtlichen Sportvereins. Dem weit über seine Heimatgemeinde hinaus bekannten Bürgermeister gelten gewiß die besten Wünsche der Einwohnerschaft Aislingens. Auch die Donau-Zeitung wünscht ihm noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit in Aislingen.

Frauen erhielten Diplome

Auszeichnung für Blumenschmuck

Unterbechingen (fs). Der Vorstand des Obst- und Gartenbauvereins Josef Baumgartner begrüßte in der Generalversammlung in der Gastwirtschaft „Zur Traube" unter den zahlreichen Mitgliedern besonders Gartenbauoberinspektor Otto Weber sowie den zweiten Vorsitzenden des Kreisverbandes H. Häussler, beide von Dillingen. Der Redner äußerte seine Freude, daß sich im vergangenen Jahr eine große Anzahl von Frauen mit Erfolg am Blumenschmuckwettbewerb beteiligte. Oberinspektor Weber zeigte farbenprächtige Dias von Obst-, Gemüse- und Blumenanlagen und gab dazu wertvolle Anregungen. H. Häussler, Dillingen, überreichte 18 Frauen Diplome als Anerkennung für ihre Teilnahme am Blumenschmuck-Wettbewerb: Gusti Baumgartner, Anna Urban, Maria Kling, Jda Muckenschnabel, Christa Gütinger, Käthe Kosteletzky, Anni Anders, Anni Wunderle, Amanda Hille, Resl Harrer, Lina Stuhler, Gerdi Mayer, Luise Brecht, Elfriede Münzberg, Anneliese Henneberger, Elfriede Stegmayr, Maria Baumgartner und Maria Schwenkreis. Weitere Farbaufnahmen vom örtlichen Blumenschmuck fanden großes Interesse. Vorstand Baumgartner dankte zum Schluß vor allem den beiden Gästen aus Dillingen für ihre Teilnahme.